

V-46 Einigung beim Klimaschutzgesetz: Den Verkehrssektor nicht aus der Verantwortung entlassen!

Gremium: Landesverband Berlin
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 Mit der im Bundestag beschlossenen Einigung zum Solarpaket wurden die
2 Voraussetzungen für den Ausbau von PV-Anlagen deutlich verbessert. Für Mieter
3 ist es jetzt einfacher geworden, den Strom, der auf dem Haus, das sie bewohnen,
4 gewonnen wurde, auch billig zu verbrauchen. Die Ziele für den Ausbau von Agrar-
5 PV wurden erhöht und bekommen zusätzliche Förderung. Die Installation von
6 Balkon-Solaranlagen wurde vereinfacht. Das ist gut so.
- 7 Die gleichzeitig gefundene Einigung zum Klimaschutzgesetz hingegen ist eine
8 Verschlechterung gegenüber dem Status Quo. In Zukunft besteht nur dann eine
9 Verpflichtung zum Eingreifen, wenn die Klimaziele zwei Jahre in Folge gerissen
10 werden. Das ist frühestens 2026 der Fall. Die aktuelle Bundesregierung ist somit
11 auf Basis dieses Klimaschutzgesetzes ein für alle mal aus der Verantwortung
12 entlassen. Werden die Klimaziele gerissen, sind einzelne Sektoren in Zukunft
13 grundsätzlich nicht mehr verbindlich dazu verpflichtet nachzusteuern, auch wenn
14 sie als Ursache des Problems identifiziert wurden. All das wurde am gleichen Tag
15 verkündet, als der Verkehrsminister vom Expertenrat für Klimafragen eine erneute
16 massive Zielverfehlung bescheinigt bekommen hat. Der Verkehrssektor ist auch der
17 Grund, warum Deutschland die Ziele der europäischen Lastenteilungsverordnung
18 aller Voraussicht nach nicht einhalten wird. Tritt das ein, werden Zahlungen in
19 Milliardenhöhe an Mitgliedstaaten fällig, die ihre Klimapolitik im Griff haben.
- 20 In der Diskussion um das Klimaschutzgesetz hat sich die SPD auf passive
21 Anwesenheit beschränkt. Eine SPD-Ministerin hatte die Sektorziele in der letzten
22 Koalition durchgesetzt, der Bundeskanzler hat aber nichts getan, um diesen
23 Erfolg zu verteidigen. Die FDP hingegen hat sich zum Ziel gemacht, dem Kampf um
24 die Beschränkung der Klimakrise aktiv im Weg zu stehen, und das nicht zum ersten
25 Mal. Die FDP hat das Solarpaket als Geisel genommen; einerseits um sinnvolle
26 Maßnahmen wie den Resilienzbonus aus dem Solarpaket zu streichen, andererseits
27 um sich ihrer Verantwortung für Klimaschutz im Verkehr zu entledigen, indem sie
28 das Klimaschutzgesetz entkernen. Das Klimaschutzgesetz war zuletzt auf Anlass
29 eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts geändert worden, weil durch
30 mangelnden Klimaschutz in der Gegenwart die Gefahr von drastischen
31 Freiheitseinschränkungen in der Zukunft führt. Die FDP tut alles in ihrer Macht
32 stehende, um diese Freiheitsbeschränkungen in der Zukunft, zu Lasten der
33 kommenden Generationen Realität werden zu lassen.
- 34 Der Verkehrssektor muss endlich einen Teil zum Klimaschutz beitragen und als
35 Mitglied der Bundesregierung ist es unsere Pflicht als Grüne das
36 einzufordern. Zuletzt war die Bundesregierung, und insbesondere der
37 Verkehrsminister, dazu verurteilt worden, ein ausreichendes Sofortprogramm im
38 Verkehr vorzulegen. Durch die Änderung des Klimaschutzgesetzes wird diesem

39 Urteil nun die Rechtsgrundlage entzogen. Für die FDP mag das ein Erfolg sein,
40 für den Klimaschutz ist es ein herber Rückschlag. Das Umweltbundesamt macht seit
41 Jahren Vorschläge, wie ein Klimaschutzprogramm im Verkehrssektor, mit dem die
42 Klimaziele des Sektors eingehalten werden können, aussehen kann. Aus unserer
43 Sicht sollte so ein Programm noch in diesem Jahr ein Tempolimit von mindestens
44 120 km/h auf Autobahnen, den Ausbaustopp des Autobahnnetzes, die notwendigen
45 Investitionen in die Erhaltung der Bahninfrastruktur und das Verbot von
46 Kurzstreckenflügen beinhalten. Auch klimaschädliche Subventionen wie das
47 Dienstwagen- oder Diesel-Privileg könnten in wenigen Monaten abgeschafft werden.
48 Mindestens ein solches Sofortprogramm sollten wir von unserem Koalitionspartner
49 einfordern, anstatt ihn mit einer Änderung des Klimaschutzgesetzes aus der
50 Verantwortung zu entlassen.

51 Wir Grüne stehen für einen echten, verantwortungsbewussten Klimaschutz. Wir
52 schieben keine Verantwortung vor uns her und wir wollen unsere Bringschuld
53 gegenüber zukünftigen Generationen erfüllen. Das müssen wir nun auch konsequent
54 so in der Bundesregierung handhaben. Aus diesem Grund drücken wir unsere
55 Solidarität mit allen Grünen Abgeordneten, die sich entschieden haben, gegen das
56 Klimaschutzgesetz zu stimmen, aus.